

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
----------------------	----------

Teil 1 – Einführung: Gegenstand, Ziele und Methodik der Untersuchung

von *Ulrich Sieber und Nicolas von zur Mühlen*

I. Problemstellung	1
II. Ziel der vorliegenden Untersuchung	3
III. Methodik der Untersuchung	4
A. Identifikation der relevanten Regelungsbereiche	4
B. Festlegung der einbezogenen Rechtsordnungen	4
C. Erlangung der relevanten Länderinformationen	5
1. Problemstellung	5
2. Wissenschaftliche Landesberichte	6
3. Workshops mit Praktikern	7
4. Strukturierte Fragebögen und Umfang der Analyse	7
D. Rechtsvergleichende Analyse	8
1. Vergleichung des Strafprozess- und Telekommunikationsrechts	8
2. Regelungen der Rechtshilfe	9
IV. Gang der nachfolgenden Darstellung	9

Teil 2 – Grundlagen: Internationale Zusammenarbeit in der Telekommunikationsüberwachung

von *Thomas Wahl*

I. Rechtsgrundlagen für die Überwachung der Telekommunikation im Rahmen der Rechtshilfe	11
A. Rechtsgrundlagen hinsichtlich der allgemeinen Bestimmungen zur Gewährleistung der kleinen Rechtshilfe	11
1. Grundlegende Bemerkungen zum Rechtshilfesystem	11
a) Rechtshilfe innerhalb der Europäischen Union	13
b) Rechtshilfe innerhalb Europas (Europaratstaaten)	15
c) Vertragliche Rechtshilfe mit bestimmten Staaten (insbesondere außereuropäische Staaten)	19
d) Rechtshilfe aufgrund deliktsbezogener Übereinkommen	20
e) Vertragslose Rechtshilfe	22
2. Verhältnis der Rechtsgrundlagen	22

B.	Spezielle Rechtsgrundlagen TKÜ-Rechtshilfe	26
1.	Die spezifische Regelung im EU-RhÜbk	27
a)	Zuständige Anordnungsbehörde (Art. 17 EU-RhÜbk)	28
b)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs mit technischer Hilfe eines anderen Mitgliedstaates (Art. 18 EU-RhÜbk)	28
c)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs im eigenen Hoheitsgebiet durch Einschaltung von Diensteanbietern (Art. 19 EU-RhÜbk)	31
d)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs ohne technische Hilfe durch einen anderen Mitgliedstaat (Art. 20 EU-RhÜbk)	32
2.	TKÜ nach der RL Europäische Ermittlungsanordnung	35
a)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs mit technischer Hilfe eines anderen Mitgliedstaates (Art. 30 RL EEA)	36
b)	Überwachung des Telekommunikationsverkehrs ohne technische Hilfe eines anderen Mitgliedstaates (Art. 31 RL EEA)	39
c)	Umsetzung in Deutschland	40
	Exkurs: Der Begriff „Telekommunikation“ in der RL EEA und im EU-RhÜbk	41
3.	Besondere Regelungen zur TKÜ in bilateralen Abkommen der Bundesrepublik	43
4.	Grenzüberschreitende TKÜ auf der Grundlage des Rechtshilfe-übereinkommens des Europarats – zugleich: Rechtshilfe auf der Grundlage von Generalklauseln	44
5.	Deliktsbezogene Übereinkommen: Art. 33, 34 EuCybercrimeÜbk und Art. 20 UN-TOC als mögliche Rechtsgrundlagen?	47
a)	EuCybercrimeÜbk	47
b)	UNTOC	48
6.	TKÜ bei vertragsloser Rechtshilfe	50
7.	Rechtsgrundlagen für bestimmte Rechtshilfemaßnahmen im Zusammenhang mit TKÜ	50
a)	Überblick	50
b)	Austausch von TKÜ-Daten im Rahmen der polizeilichen Rechtshilfe	51
8.	Rechtshilfeprobleme im Zusammenhang mit der Herausgabe von TKÜ-Protokollen	53
a)	Die Herausgaberegelung in Sondervorschriften (hier: Art. 17 Abs. 5 CZ-ErgV EuRhÜbk)	53
b)	Die Herausgabeproblematik bei der Rechtshilfe mit anderen Staaten	54
c)	Lösung der Herausgabeproblematik nach der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung	56
C.	Grundstrukturen des materiellen Rechtshilferechts – die Unterscheidung zwischen Leistungs- und Vornahmeermächtigung, insbesondere im Zusammenhang mit völkerrechtlichen Verträgen	58
a)	Grundlagen in Bezug auf eingehende Ersuchen	59
b)	Grundlagen in Bezug auf ausgehende Ersuchen	62
c)	Ermächtigungsgrundlagen in concreto	62

d) Ermächtigungsgrundlagen für die Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Beweismittel	63
II. Rechtshilfeverfahren	65
A. Allgemeine Vorbemerkung	65
B. Eingehende Ersuchen um TKÜ (Deutschland als ersuchter Staat)	68
1. Übliches Verfahren	68
a) Bewilligungs- und Vornahmeverfahren bei der sonstigen Rechtshilfe	68
b) Besonderheiten bei der EEA	70
2. Rechtsschutzmöglichkeiten des Betroffenen	82
a) Das deutsche Rechtsschutzsystem bei der sonstigen Rechtshilfe ...	82
b) Besonderheiten bei der EEA	87
c) Zusammenfassung	90
C. Ausgehende Ersuchen um TKÜ (Deutschland als ersuchender Staat)	92
1. Übliches Verfahren	92
a) Zweiteilung	92
b) Besonderheiten bei der EEA	94
2. Rechtsschutz	96
III. Filterpflichten und Verwertungsfragen	99
A. Eingehende Ersuchen um TKÜ (mit technischer Hilfe) – Deutschland als ersuchter Staat	100
1. TKÜ in klassischer Form	101
a) Allgemeine Grundsätze	101
b) Ergebnis einer stringenten Sichtweise	105
c) Möglichkeiten einer flexibleren Lösung	107
d) Modifizierung der Grenzen durch Einschränkungsklauseln in der RL EEA und im EU-RhÜbk?	120
2. TKÜ in Echtzeit	124
B. Ausgehende Ersuchen um TKÜ (mit technischer Hilfe) – Deutschland als ersuchender Staat	127
1. Pflichten deutscher Stellen zur Einhaltung deutscher strafverfahrensrechtlicher Standards beim Stellen eines Ersuchens	128
2. Beweisverwertung bei Rechtmäßigkeit der Beweiserhebung nach ausländischem Recht, aber Nichteinhaltung deutschen Rechts	130
a) Nichtbeachtung (angegebener) deutscher Form- und Verfahrensvorschriften	130
b) Abweichungen zum deutschen Recht	131
3. Beweisverwertung bei Nichteinhaltung des Rechts des ersuchten Staates	133
a) Die Leitentscheidung des BGHSt 58, 22	133
b) Abweichungen bei Ersuchen nach der RL EEA?	135
4. Beweisverwertungsverbote wegen Nichteinhaltung rechtshilferechtlicher Voraussetzungen	137
a) Die vom BGH entwickelten Grundsätze	137

b)	Entsprechende Anwendung bei der EEA?	138
C.	Besonderheiten bei der TKÜ ohne technische Hilfe	139
1.	Gemeinsame Grundsätze nach der RL EEA und dem EU-RhÜbk, insbesondere für eingehende Ersuchen	139
2.	Unterschiede zwischen RL EEA und EU-RhÜbk und Auswirkungen	142
IV.	Zusammenfassung	144
	Anhang	151

Teil 3 – Ergebnisse: Rechtshilfe zur internationalen Telekommunikations-überwachung mit unmittelbarer Datenausleitung

von *Ulrich Sieber*

I.	Rechtsgrundlagen	156
II.	Datenübermittlung ins Ausland (Deutschland als ersuchter Staat)	159
A.	Zwischenstaatliche Leistungspflicht	159
1.	Formelle Rechtshilfeklausuren	159
2.	Allgemeine materielle Zulässigkeitsvoraussetzungen	160
3.	TKÜ-spezifische Zulässigkeitsvoraussetzungen	162
a)	Beschränkungen auf Maßnahmen „in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall“	162
b)	Mögliche Modifikation der innerstaatlichen Ermächtigungsnorm	163
c)	Konsequenzen aus dem Erfordernis der innerstaatlichen Ermächtigung für die Vornahmeermächtigung	164
d)	Fortgeltung von Beschränkungen auf deutschem Territorium im Anschluss an die TKÜ-Anordnung	167
4.	Schutz der Daten nach der Auslandsübermittlung	170
a)	Kontrollprobleme des deutschen Rechts nach der Auslandsübermittlung	170
b)	Mögliche Lösungsansätze: Exportverbot, Filterpflichten oder Bedingungen?	176
c)	Beschränkung des Kontrollmaßstabs auf den ordre public	179
d)	Kontrollmaßstab des BVerfG für die Datenübermittlung ins Ausland	182
e)	Konsequenzen für die TKÜ-Rechtshilfe	185
B.	Innerstaatliche Ermächtigung	191
1.	Voraussetzungen der TKÜ-Ermächtigung	191
a)	Formelle Voraussetzungen der Ermächtigung	191
b)	Materielle Voraussetzungen der Ermächtigung	192
2.	Materielle Ermächtigung zur Datenweitergabe ins Ausland	193
C.	Ergebnis zur Übermittlung von inländischen TKÜ-Daten	193

III. Datenübermittlung nach Deutschland (Deutschland als ersuchender Staat)	195
A. Antragstellung und Anordnungsermächtigung	195
B. Bewilligungsentscheidung	195
C. Verwertung der übermittelten Beweismittel	196
D. Ergebnis zur Erlangung von ausländischen TKÜ-Daten	198
IV. Telekommunikationsrechtliche Vorgaben zur Datenübermittlung	198
A. „Mittelbare Behördenausleitung“	199
B. Direktausleitung der Provider ins Ausland	199
C. Zwischenergebnis zu den telekommunikationsrechtlichen Vorgaben	200
V. Gesamtergebnis und Handlungsempfehlungen	200
A. Ergebnis	200
B. Handlungsempfehlungen	201
1. Zur technischen Umsetzung des TKÜ-Systems mit unmittelbarer Datenausleitung	201
2. Zu den Regelungen der deutschen Justiz	202
3. Zu den aktuellen Regelungen der Europäischen Union	204
4. Zum grundlegenden Ansatz der europäischen Strafrechtspolitik	204
Literaturverzeichnis	206